

ATOMAUSSTIEG

"Wir haben auf die bisherige Gesetzeslage vertraut"

Der Energiekonzern MVV erwägt eine Klage gegen längere Atomlaufzeiten. Denn Investitionen in erneuerbare Energie würden entwertet, sagt Vorstandschef Müller im Interview.

VON Marlies Uken | 31. Mai 2010 - 10:31 Uhr



MVV-Chef Georg Müller

ZEIT ONLINE: Herr Müller, für Schwarz-Gelb ist die Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke abgemachte Sache. Es geht nur noch um die Länge. Wann ist bei Ihnen die Schmerzgrenze erreicht?

Georg Müller: Da gibt es keine konkrete Zahl. Es geht um eine Grundsatzentscheidung. Die Laufzeitverlängerung wäre der tiefgreifendste energiewirtschaftliche Einschnitt in den vergangenen zehn Jahren. Der Umbau der Energiewirtschaft hin zu einer dezentralen, flexiblen, grünen und pluralistisch organisierten Versorgung würde eine Vollbremsung erfahren.

ZEIT ONLINE: Was befürchten Sie konkret?

Müller: Deutschland ist auf einem guten Weg in eine erneuerbare Energieversorgung. Dazu gehört heute ein flexibler Energiemix, der auch Gas- und Kohlekraftwerke mit der besonders effizienten Kraft-Wärme-Kopplung einschließt. Wenn man nun mit einer Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke die Grundlast verstärkt, wird dieser Transformationsprozess gebremst, wenn nicht sogar angehalten.

Seit dem Atomkonsens im Jahr 2000 hat allein unser Unternehmen auf der Grundlage des Atomausstiegs in moderne Erzeugungsanlagen investiert. Das sind rund 900 Millionen Euro. Diesen Investitionen wird nun nachträglich die Entscheidungsgrundlage entzogen. Sie werden damit entwertet.

ZEIT ONLINE: In was haben Sie investiert, nur in Ökostromanlagen?

Müller: Wir haben ganz bewusst auf einen Mix aus erneuerbaren Energien, insbesondere aus Biomasse, aus Kraft-Wärme-Kopplung und thermischer Abfallverwertung gesetzt – also auf nachhaltige Energieerzeugung.

ZEIT ONLINE: Müssen Sie Ihre Investitionen jetzt überdenken?

Müller: Getroffene Investitionsentscheidungen sind getroffen. Aber die Investitionspipeline in neue Erzeugungsanlagen wird durch die Laufzeitverlängerung erheblich beeinträchtigt. Wir würden derzeit sicherlich keine weitreichende Investitionsentscheidung treffen, schon allein wegen der Unsicherheit.

ZEIT ONLINE: Die Debatte um die Laufzeitverlängerung hat auch eine juristische Komponente, etwa die Zustimmung des Bundesrats. Am Ende könnte eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht stehen. Erwägt MVV Energie juristische Schritte?

Müller: Die Frage der Zuständigkeit von Verfassungsorganen ist eine Frage – das ist jedoch nicht unsere. Uns geht es um die Entwertung von Investitionen. Eine Laufzeitverlängerung greift in verfestigte Geschäftschancen ein. Wir haben auf die geltende Gesetzeslage vertraut.

Unsere Investitionen dürfen nicht von Legislaturperiode zu Legislaturperiode infrage gestellt oder je nach politischer Couleur geändert werden. Daher können wir im Moment auch in juristischer Hinsicht nichts ausschließen.

ZEIT ONLINE: Unter welchen Bedingungen würden Sie einer Laufzeitverlängerung zustimmen?

Müller: Die vier großen Energieversorger haben im Jahr 2000 den Atomausstieg mit dem Bund verhandelt. Das heißt: Die Unternehmen, die benachteiligt wurden, saßen mit am Tisch. Durch eine Laufzeitverlängerung werden diesmal alle anderen Energieerzeuger benachteiligt. Deswegen fordere ich, dass unsere Position in der Entscheidung gehört und berücksichtigt wird.

ZEIT ONLINE: Eine Einladung ins Kanzleramt gab es aber noch nicht.

Müller: Nein, uns geht's auch nicht um Gesprächsrunden bei der Bundeskanzlerin. Entscheidend ist, dass unsere Position gehört und berücksichtigt wird.

ZEIT ONLINE: Was fordern Sie zudem?

Müller: Da ist zunächst eine Abschöpfung der Erlöse aus der Laufzeitverlängerung. Diese Gelder müssen für den Transformationsprozess und die wettbewerbliche Struktur der Energiewirtschaft investiert werden, also etwa die Finanzierung der gesetzlichen Umlagen für die Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) und erneuerbare Energien oder für Energieeffizienzmaßnahmen.

Des Weiteren bedarf es eines Fernwärmepakts mit einer Verlängerung des KWK-Fördergesetzes bis zum Jahr 2025 und Investitionsanreizen zum Bau von Fernwärmenetzen. Das ist ein ganz wesentlicher Baustein zur Verbesserung der Energieeffizienz, schließlich verpufft in KWK-Anlagen die Wärme, die nun mal bei der Stromerzeugung anfällt, nicht einfach ungenutzt.

ZEIT ONLINE: Die Monopolkommission empfiehlt, dass die Atomkonzerne auch Teile ihrer Kraftwerkskapazitäten abgeben, um so deren Marktmacht zu beschneiden.

Müller: Die großen Vier kommen zurzeit auf einen Marktanteil von circa 80 Prozent. Auf der Grundlage der heutigen gesetzlichen Regelung würde er auf etwa 53 Prozent bis zum Jahr 2025 sinken. Im Fall einer Laufzeitverlängerung würde diese Entwicklung angehalten, die heutige Marktstruktur also für Jahre konserviert. Sollte es zu einer Laufzeitverlängerung kommen, sollten die Kernkraftwerksbetreiber deshalb Teile ihrer fossilen Kraftwerke stilllegen.

ZEIT ONLINE: Würden Sie denn auch Kraftwerke der großen Vier übernehmen?

Müller: Es müssten Anlagen sein, die interessant sind und die in unser Portfolio passen, etwa flexible Gas- oder Wasserkraftwerke. Also sicher keine in die Jahre gekommenen Kohlekraftwerke.

ZEIT ONLINE: Bis wann hoffen Sie auf eine Entscheidung zur Laufzeitverlängerung?

Müller: Es macht nur Sinn, diese Frage innerhalb eines Energiekonzepts zu klären. Das würde die gute Chance bieten, mit allen Beteiligten den Wandel zu einer erneuerbaren Energieerzeugung in Deutschland zu gestalten. Wenn jetzt aber, wie wohl geplant, die Entscheidung über die Laufzeitverlängerung vorgezogen wird - dann braucht man eigentlich auch kein Energiekonzept mehr. Alle wesentlichen Weichen sind damit gestellt.

*Das Interview führte **Marlies Uken***

COPYRIGHT: ZEIT ONLINE

ADRESSE: <http://www.zeit.de/wirtschaft/2010-05/mvv-laufzeitverlaengerung>